

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: EG-Dreierkonferenz - Devisenmärkte - Körperschaftsteuerreform - UN-Konferenzen - Deutsch- sowjetische Beziehungen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1976) : Kurz kommentiert: EG-Dreierkonferenz - Devisenmärkte - Körperschaftsteuerreform - UN-Konferenzen - Deutsch-sowjetische Beziehungen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 7, pp. 327-328

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134966>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

EG-Dreierkonferenz

Streit um Zielvorstellungen

Als Grundlage für integrationspolitische Fortschritte der EG wäre zweifellos eine Festigung des bisher Erreichten erforderlich. Dem diene nicht zuletzt die kürzlich in Luxemburg abgehaltene zweite Dreierkonferenz. Hier setzten sich nicht nur Wirtschafts- und Sozialminister, sondern auch Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände der Mitgliedsländer an einen Tisch, was auf nationaler Ebene nicht immer und überall erreichbar ist.

Die von der Kommission ausgearbeitete Diskussionsgrundlage zielte auf eine mittelfristige Lösung des Beschäftigungs- und Inflationsproblems. Hierfür sei es, so die EntschlieÙung, erforderlich, daß das reale Bruttosozialprodukt im Zeitraum 1976–1980 mit einer durchschnittlichen Jahresrate von 5% expandiere. Die gegenwärtig immer noch zweistellige Teuerungsrate solle bis zum Ende dieses Zeitraumes auf 4 bis 5% herabgedrückt werden.

Auf welche Schwierigkeiten eine Realisierung dieser Zielvorstellungen treffen wird, zeichnete sich schon bei der Diskussion der Zielgrößen ab. Deutlich machte dies auch der bis zum Schluß der Sitzung andauernde Streit, ob quantitative Aussagen überhaupt in der gemeinsamen EntschlieÙung genannt werden sollten. Zumindest von gewerkschaftlicher Seite fiel die Zustimmung sehr „dünn“ aus: Die französischen (soweit anwesend) und belgischen Gewerkschaften stimmten generell nicht zu, die kommunistischen Gewerkschaften Frankreichs und Italiens waren bei der Schlußabstimmung gar nicht präsent. Hierin dokumentieren sich sehr deutlich die unterschiedlichen „institutionellen“ Probleme, denen sich die wirtschaftspolitischen Instanzen in den einzelnen Ländern gegenübersehen. So geriet die Konferenz mehr zu einer „Demonstration“ künftiger Schwierigkeiten als zu einem hoffnungsvollen Ausgangspunkt für die gemeinsame Bewältigung der anstehenden Probleme. wt

Devisenmärkte

Hysterisches Verhalten?

Parallel zu dem 5,3 Mrd. Dollar-Stützungskredit für Großbritannien traf die Schweiz eine Reihe von Maßnahmen zur Stabilisierung des Frankenkurses. Nationalbankpräsident Leutwiler sah hysterische Züge auf den Devisenmärkten, sprach

von einer Überbewertung des Franken und machte Spekulanten für die Entwicklung der Devisenkurse verantwortlich. Dies ist jedoch allenfalls die halbe Wahrheit.

Die Entwicklung des Franken darf nämlich nicht losgelöst von den Entwicklungen anderer Währungen, insbesondere des Pfundes und der Lira, gesehen werden. Die Situation Großbritanniens und Italiens auf den nationalen Geldmärkten ist aber durch einen Angebotsüberhang gekennzeichnet, während die Schweiz mit ihrer konsequenten Stabilisierungspolitik für eine entgegengesetzte Geldmarktverfassung gesorgt hat. Bei derartigen Konstellationen muß es solange zu Reaktionen der Zahlungsbilanzen kommen, bis sich die Geldmärkte wieder im Gleichgewicht befinden. Diese Reaktionen bestehen kurzfristig in Portfolioumschichtungen, wobei es sich nicht zuletzt um solche handelt, die zu Substitutionen schwacher gegen starke Währungen führen. Dementsprechend werden Pfund und Lira zur Zeit hauptsächlich gegen Schweizer Franken getauscht. Beteiligt an diesem Umschichtungsprozeß sind sicher nicht zuletzt auch nationale Währungsbehörden, vielleicht sogar einige von denen, die sich dann an Stützungsaktionen beteiligen.

Insgesamt aber ist dieses Verhalten weniger die Folge von Hysterie als von konsequenten nationalen Stabilisierungs- bzw. Destabilisierungspolitiken. Die Kursentwicklungen des Franken und des Pfundes seit Einführung der Restriktionen in der Schweiz bzw. seit Bereitstellung des Stützungskredites für Großbritannien machen dies mehr als deutlich. ww

Körperschaftsteuerreform

Ökonomischer Unsinn beseitigt

Nach der abschließenden Beratung im Bundesrat wird in Zukunft bei der Körperschaftsteuer die Doppelbelastung der Aktienerrträge entfallen. Der Anteilseigner kann sich vom 1. Januar 1977 an die Steuer auf den ausgeschütteten Gewinn – der neue Steuersatz beträgt 36% – im Zuge des Einkommensteuerverfahrens gutschreiben lassen. Damit richtet sich die tatsächliche Belastung der Dividenden nach dem persönlichen Steuersatz des jeweiligen Steuerzahlers. Der Steuersatz auf die im Unternehmen verbleibenden Gewinne wird auf 56% erhöht; gleichzeitig wird jedoch die bisher noch fällige Ergänzungsabgabe gestrichen.

Damit wurde der ökonomische Unsinn beseitigt, der mit dem Festhalten an rechtlichen Kategorien, die bisher zur Rechtfertigung der alten Regelung

herhalten mußten, jahrelang praktiziert wurde. In vielen Fällen waren rein steuerliche Kriterien dafür ausschlaggebend, ob erwirtschaftete Erträge in einem Unternehmen verblieben oder in anderen Sektoren – möglicherweise effizienter – reinvestiert wurden. Da die Reform die Ausschüttung von Gewinnen begünstigt, schafft sie in diesem Sinne zusätzliche Chancen für eine Erhöhung der Kapitalmobilität.

Wegen ihrer Diskriminierung der Eigenfinanzierung gegenüber der Fremdfinanzierung ist die alte Besteuerungspraxis zudem wenigstens teilweise für die geringe Popularität des Aktienbesitzes bei einem breiten Publikum verantwortlich. Dagegen wird das Anrechnungsverfahren besonders kleine und mittlere Einkommensbezieher begünstigen und somit dazu beitragen, für diese Gruppen stärker als bisher Beteiligungspapiere im Rahmen der Vermögenspolitik einzusetzen. rr

UN-Konferenzen

Zweifelhafter Wert

Kaum hatten die Delegierten und UN-Experten in Nairobi ihre Koffer gepackt, da rüsteten sich die Regierungen in aller Welt auch schon zu neuen internationalen Mammutkonferenzen. Denn unmittelbar nach dem Abschluß des UNCTAD-Meetings begann in Vancouver die UN-Konferenz für menschliche Siedlungen (HABITAT). In Genf wurden gleichzeitig die Vorbereitungen für die „Tripartäre Weltkonferenz über Beschäftigung, Einkommensverteilung, sozialen Fortschritt und internationale Arbeitsteilung“ auf Einladung der Internationalen Arbeitsorganisation abgeschlossen.

Daß die Themen beider Konferenzen Dringlichkeit beanspruchen, ist kaum zu bestreiten. Die Verstädterung nimmt in allen Ländern zu. Besonders alarmierend ist sie in den Entwicklungsländern, wo ein Drittel der urbanen Bevölkerung in Slums ohne fließendes Wasser und elektrischen Strom leben muß. Die Situation auf den Arbeitsmärkten ist ebenfalls nicht geeignet, Optimismus zu verbreiten. Die meisten Industrieländer müssen gegen Arbeitslosigkeit kämpfen, und in den Entwicklungsländern sind zur Zeit 300 Mill. Menschen ohne Arbeit oder unterbeschäftigt. Weitere 800 Mill. werden bis Ende dieses Jahrhunderts auf den Arbeitsmarkt drängen, ohne daß zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten erkennbar sind.

Unzweifelhaft sind also nationale und internationale Aktionen zur Lösung der in beiden Bereichen anstehenden Probleme notwendig. Ob Mammutkonferenzen wie die in Vancouver und Genf viel dazu beitragen können, ist allerdings zu be-

zweifeln, wenn man sich die Ergebnisse betrachtet, die außer vielen Schlagworten nur längst gesicherte Erkenntnisse enthalten. Zudem sind, wie die Erfahrung lehrt, den Empfehlungen internationaler Konferenzen nur in den seltensten Fällen entsprechende Aktionen gefolgt. Andererseits erreichen die Kosten solcher Konferenzen Größenordnungen, die wohl ausreichen würden, um zumindest eines der angesprochenen Probleme in einem Land anzupacken. Insofern wurde lediglich erneut der Eindruck bestätigt, daß ein Verzicht auf weitere Mammutkonferenzen die Lösung weltweiter, schwerwiegender Probleme zumindest nicht erschweren würde. mk

Deutsch-sowjetische Beziehungen

Kommt die Wende?

Nach reichlicher Überlegung antwortete die Bundesregierung auf die sowjetische Erklärung zum bilateralen Verhältnis der beiden Staaten. Beide Noten gehen nur kurz auf die wirtschaftlichen Beziehungen ein, indem sie ihre positive Entwicklung in den letzten Jahren und ihre Ausbaumöglichkeiten hervorheben. Es bleibt daher die Frage, ob die beiderseitigen Problembereiche, die in überaus deutlicher Sprache hervorgehoben werden, die wirtschaftlichen Beziehungen tangieren könnten, zumal die sowjetische Note den Zusammenhang zwischen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen offen hervorkehrt.

Die stürmische Entwicklung der Handelsbeziehungen seit 1970 hat die gegenseitigen Verbindungen zwar noch nicht so weit vorangetrieben, daß ein „point of no return“ überschritten wäre. Jedoch spricht viel dafür, daß die Wirtschaftsbeziehungen auch weiterhin eine erhebliche Eigendynamik entwickeln werden. Das deutsche Interesse an sowjetischen Rohstoffen und das sowjetische Interesse an deutscher Technologie in Verbindung mit langfristigen Krediten dürften die Garantie dafür bieten. Negative Einflüsse aus dem politischen Bereich könnten das Entwicklungstempo der Handelsbeziehungen bremsen, die Tendenz aber kaum umkehren. Der „Prüfstein Berlin“ – sollte er zum Zankapfel werden – wird eher in den Bereichen zur Geltung kommen, in denen die „Provenienz“ eine öffentlichere Rolle spielt, als bei den Wirtschaftsbeziehungen, wo der Ware die Herkunft nicht immer anzusehen ist. Die Verdoppelung des Handels „in den nächsten Jahren“ wird daher so oder so zustande kommen, zumal beide Seiten in ihren Erklärungen ihr großes Interesse an seinem weiteren Ausbau bekunden und massive wirtschaftliche Interessen dafür sprechen. Gute politische Beziehungen wären dabei die beste Basis für die Zusammenarbeit. hc